

Wildbader Tagblatt

(Enzthalbote)

Amtsblatt für Wildbad. Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enzthal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50 frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr Mk. 13.50 und 90 Pfg. Postbestellgeld.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren Raum 50 Pfg., auswärtig 60 Pfg., Reklamazeilen 1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Schluss der Anzeigenannahme: täglich 3 Uhr vormittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung: Th. Gess in Wildbad.

Nummer 292

Freitag 179.

Wildbad, Mittwoch, den 15. Dezember 1920

Freitag 179.

54. Jahrgang

Bismarck und der Kaiser.

II.

Schließlich um Mitte März wird der Kaiser immer bringender und nimmt den bekannnten letzten Besuch Windthorsts, des Zentrumsführers, bei Bismarcks zum Anlaß einer entscheidenden Handlung. Er sagte sich auf 9 Uhr morgens bei dem Kanzler an, doch so, daß der alte, schlaflose Fürst erst um halb 9 Uhr davon benachrichtigt wird. Als dies Bismarck hinter einer höflichen Floskel den Kaiser wissen läßt, sagt dieser kurz, der Bote sei schon gestern nachmittag abgegangen. Darauf tadelt er scharf Windthorsts Empfang durch den Fürsten. Dieser nimmt das Recht für sich in Anspruch, in seinem Hause Politiker von Disziplin empfangen zu dürfen. Der Kaiser erwidert: „Auch dann, wenn ich es Ihnen als ihr Souverän verbiete?“ Bismarck bejaht.

Der Kaiser kommt auf den neuen Reichstag, auf die soziale Versäuerung und andere Punkte zu sprechen, in denen er sämtlich, wie er voraussetzte, mit dem Fürsten abwich und schließlich auf seinen Lieblingswunsch, seinen Besuch beim Zaren von Rußland bald zu wiederholen. Darauf hatte Bismarck gewartet. Gelassen zieht er aus seiner Mappe ein Altesstück hervor, und mit dem Blick darauf warnt er den Kaiser vor einem neuen Besuch, denn erst vor einigen Tagen sei ein Bericht des deutschen Botschafters in London, des Grafen Sapsford, eingetroffen, der recht able absällige Urteile gegen den Kaiser verzeichnete, was ihm glaubwürdig übermittelt worden sei. Der Kaiser fragt nach den Einzelheiten. Bismarck weicht aus. Der Kaiser befiehlt ihm, den Bericht vorzulesen. Bismarck lehnt ab, doch hält er noch immer den Bericht offen in den Händen. Er hat sich nicht getraut: Der Kaiser, jugendlich, neugierig, greift nach dem Bericht, nimmt ihn dem Kanzler aus der Hand und liest ihn selbst. Er wird blaß, unruhig, „denn es fanden wirklich recht able Dinge über ihn darin“. Der Kaiser bricht das Gespräch ab und „reicht mir gegen seine Geflossenheit nur ganz oberflächlich die Hand, in der er den Helm hält“. Aber auch jetzt noch verschweigt Bismarck den Wortlaut jener zaristischen Bosheiten.

Bismarck läßt nun in wenigen Zeilen die Katastrophe sich entrollen. Der Kaiser erhielt durch Vermittlung irgend einer Stelle den Bericht irgend eines in Rußland tätigen deutschen Konsuls, der aus irgend welchen Teilansichten etwas wie eine angeblich drohende Mobilmachung Rußlands voraus zu wissen glaubte. Nach Einsicht des zweifelhaften Papiers, das in keinem Altesstück des Auswärtigen Amtes eine Bestätigung fand, folgte ein erregtes, im Tone beleidigendes Billett an den Kanzler, warum man ihm so hochwichtige Nachrichten vorenthalte. Er sehe aus jedem Bericht des Konsuls eine drohende Gefahr für das Reich aufsteigen und müsse unverzüglich Gegenmaßnahmen treffen. Bismarck, der seit 30 Jahren russenfreundliche Politik getrieben hat, bringt den ohnedies wütenden Herrn durch einen Vortrag noch mehr in Wut.

Dierzu tritt der bekannte Streit über die Frage, ob ein Minister unmittelbar oder nur auf dem Umweg über den Ministerpräsidenten mit dem Kaiser amtlich verhandeln dürfe, und Bismarck verweist sich auf eine 40 Jahre alte Verordnung, um sich alle Rechtsgründe vor der Geschichte zu sichern. Der Kaiser will mit einem Minister einzeln und formlos verhandeln, der Kanzler fordert den Weg der Instanzen, damit nicht sechs Meinungen den Herrn beeinflussen, sondern nur eine.

Es folgen die bekannten Mänke Mänke Böttchers und seiner Leute. Bismarck „immer bestrebt, sich herauszuweisen zu lassen“, gibt sich noch einen Augenblick den Anschein, als wolle er den Posten eines preussischen Ministerpräsidenten aufgeben und nur noch einige Monate Reichskanzler spielen. So erreicht er, was er will. Die Geduld des ungeduldigen Herrn reicht zwei. Er fordert die Aufhebung jener alten Verordnung, d. h. der Kaiser fordert, daß Bismarck sich selbst aus der Macht begeben solle, indem er sie den Ministern einräume. Bismarck weigert sich, stellt aber seinen Abschied zur Verfügung. Am demselben Mittag schickt der Kaiser den Chef des Zivilkabinetts, um das angebotene Entlassungsgesuch holen zu lassen. Bismarck entwirft

langsam und sehr bedächtig Wilhelm schickt seinen Fädgeladjutanten mit dem Auftrag, er erwarte das Schriftstück bis 2 Uhr mittags. Bismarck antwortete: „Ich bin jederzeit bereit, meinen Abschied sofort zu unterzeichnen“. Dieses, mein Abschiedsgesuch, das meiner historischen Stellung entspricht, braucht aber Zeit“.

Jetzt folgt im Buch das berühmte Schriftstück, das schon nach Bismarcks Tod bekannt wurde. Es folgt die Verleihung des Herzogtitels und dessen Ablehnung durch Bismarck. Aus dem Kanzlerpalais wird Bismarck mit solcher Eile gedrängt, daß als seine Leute die Sachen zusammenpacken, die Türen und Stiegen schon von neuen Lafaien belegt sind, die Kisten und Akten, Botschaften und Depeschen dem Nachfolger bringen, der einen Teil des Hauses besetzen läßt, ehe der alte ausziehen kann. Es ist der General Caprivi, den Bismarck in einem kurzen steifischen Kapitel beschreibt, den aber der Kaiser zugleich in seinem Bericht an Franz Joseph „den größten Mann Deutschlands nach Bismarck“ nennt.

Aus Epilogen folgen diesem Hauptwerk ein Kapitel, das die Eigenschaften Wilhelm II. aus den Eigenschaften seiner Vorfahren ableitet, doch so, daß deren Schwächen und Fehler als Quelle derselben Schwächen des Kaisers gleichsam einschuldigen angeführt werden, während von ihren Stärken und Tugenden bei dem Urenkel nicht gesprochen wird. So geht es von der Prachtliebe Friedrich I. über zu der Vorliebe Friedrich Wilhelm II. für lange Kerls, über die Ruhmsucht Friedrich des Großen zu den Schwächen Friedrich Wilhelm IV. bis zur Berlebarkeit Friedrich III. Und diese Analyse wird nun an einer Stelle mit der Bemerkung unterbrochen, „Nur von einem seiner Ahnen scheint der Kaiser nichts geerbt zu haben. Das ist sein Großvater Wilhelm I.“, worauf eine unbedingte Verherrlichung dieses Fürsten folgt. Mit scharfer Kritik über den Vertrag, den Caprivi zum Austausch von Helgoland gegen Sansibar schloß, und mit noch schärferer, wegen Nichterneuerung des russischen Vertrags schießt das Buch. Einer seiner letzten Sätze lautet: „Aus diesen Umständen sehe ich schwere Gefahren für Deutschland, doch auch für ganz Europa, aufsteigen. Je später die Katastrophe eintritt, um so furchtbarer wird sie sein.“

Weihnachtspenden des Reichs.

Zur Bewilligung einmaliger Beihilfungsbeiträge (Weihnachtspenden) sind vom Reichsfinanzminister auch in diesem Jahr Mittel zur Verfügung gestellt worden. Für die Auszahlung kommen in Betracht: Angehörige der am 1. November 1920 noch in Gefangenschaft befindlichen Kriegsteilnehmer, Angehörige der Vertriebenen und am 1. November 1920 noch internierten Zivilpersonen und Angehörige der nicht länger als seit dem 1. Mai 1920 vermissten Mannschaften. Die Beihilfungsbeiträge sollen nur auf Antrag und im Fall wirklicher Bedürftigkeit gewährt werden, die durch eingehende Prüfung der Verhältnisse festgestellt werden wird. Beihilfen können bis zur Höhe von 400 Mark für einen Erwachsenen und von 250 Mark für ein Kind (bis zu 15 Jahre) bewilligt werden. Die Beihilfen sind je nach dem Grad der Bedürftigkeit abzustufen. Berücksichtigt können auch solche Angehörige werden, denen ein gesetzlicher Anspruch auf Familienunterstützung zusteht, und zwar bis zur Höhe von 400 Mark für die Angehörigen zusammen. Als Höchstbetrag der Beihilfen für sämtliche Angehörigen eines Kriegsteilnehmers ist die Summe von 1500 Mark bestimmt worden. Als Endtermin für die Berücksichtigung von Anträgen auf Bewilligung dieser neuen Beihilfen ist der 31. März 1921 festgesetzt worden.

Neues vom Tage.

Neue Schifanen.

Berlin, 14. Dez. Die Reichsregierung hatte der Botschafterkonferenz eine Denkschrift über die im Friedensvertrag vorgesehene Zerstörung von Befestigungen übermittelt. Wie das „Berl. Tagbl.“ mitteilt, hat die Ueberwachungskommission die deutschen Vorschläge als ungenügend zurückgewiesen und weitere Forderungen aufgestellt, deren Erfüllung rund 620 Millionen Mark kosten würde, während zur Ausführung der deutschen

Pläne nur 520 Millionen Mark erforderlich sind. Man hofft, daß die Botschafterkonferenz der schwierigen wirtschaftlichen Lage Rechnung tragen und die über den Vertrag von Versailles hinausgehenden Forderungen der Kontrollkommission fallen lassen wird.

BetriebsEinstellung.

Mainz, 14. Dez. Die Arbeiter der Opel-Werke in Rüsselsheim verlangten eine Zulage von 1000 Mark. Da die Firma erklärte, sie könne diese Aufwendung für 4000 Arbeiter und Angestellte nicht leisten, die Arbeiter aber auf ihrer Forderung beharrten, so hat die Firma alle Arbeiter und Angestellten entlassen und den Betrieb stillgelegt. Gendarmerie ist zur Aufrechterhaltung der Ruhe eingetroffen.

Der schweizerische Dienstbotensang.

Bern, 14. Dez. Die eidgenössische Hauptstelle für Fremdenpolizei hat die schweizerischen Gesandtschaften und Konsulate ersucht, Einreisebewilligungen für ausländische Dienstmädchen nur noch gegen Bescheinigungen des betreffenden Kantons, der sich zuvor mit dem schweizerischen Arbeitsamt in Verbindung setzen soll, zu erteilen, da von einem eigentlichen Dienstbotensang in der Schweiz nicht mehr gesprochen werden könne.

Die Schweizer hatten den Dienstbotensang in Deutschland unter Ausnützung der Arbeitslosigkeit und der Geldentwertung so stark betrieben, daß Bayern und Württemberg die Erteilung von Reisepässen einstellen mußten und in Baden wurden ähnliche Maßnahmen erzwungen.

Die „neue irische Geschichtsperiode“.

London, 14. Dez. Die empörenden Vorgänge in Cork veranlaßten im Unterhaus eine lebhafte Debatte über den Antrag des liberalen Abgeordneten Kenworthy, der die Einleitung einer Untersuchung verlangte. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt, nachdem der Staatssekretär für Irland erklärt hatte, er hoffe bestimmt, daß für Irland bald eine neue Periode seiner Geschichte beginnen werde.

Die 5 Mark-Prämie.

Paris, 14. Dez. Die deutsche Regierung hat der beweisen soll, daß die Prämie von 5 Goldmark für französische Regierung eine Aufstellung zukommen lassen, jede Tonne Kohlen, die den Verbündeten geliefert wird, richtig für die Ernährung der deutschen Bergleute verwendet wird.

Vom Völkerverbund.

Genf, 14. Dez. Der Generalsekretär Drumont übergab den Mitgliedern der Völkerverbundsversammlung die deutsche Note, die Einspruch gegen die Entscheidung des Völkerverbundsrats vom 20. September betreffs der Postreife von Eupen und Malmedy durch Belgien erhebt und die Zuständigkeit des Völkerverbundsrats für diese Entscheidung bestrittet. Der Völkerverbundsrat behauptet, seine Entscheidung wäre anders ausgefallen, wenn es Deutschland gelungen wäre, den Nachweis zu führen, daß die Belgier durch Einschüchterung, Druck, Amtsmißbrauch und Drohungen die Volksbefragung unmöglich gemacht haben. Diesen Nachweis führt die deutsche Reichsregierung in einer Anlage, die der Note beigelegt ist. Der Generalsekretär hat aber diese Anlage den Völkerverbundsmitgliedern nicht übergeben, sondern nur kurz erwähnt, die Anlage sei in der Bibliothek des Sekretariats zu finden.

Genf, 14. Dez. Die Völkerverbundsversammlung geht ihrem Ende mit wachsender Nervosität entgegen. Die ermüdete Versammlung begt den begreiflichen Wunsch, so schnell wie möglich Schluss zu machen. Dazu kommen Gerüchte, daß auch die südamerikanische Republik Bolivien aus dem Völkerverbund austreten wolle. Tatsächlich führte heute der bolivianische Vertreter eine besonders scharfe Sprache. Der Völkerverbund arbeitet, so sagt er, in der Gerichtsfrage nur mit schönen Versprechungen, die die sich in der Luft verflüchtigen und der Peruaner sagte offenherzig, daß die moralische Achse der Welt sich nach Amerika verschoben habe. Auf die wiederholten Ausfälle von Genfer Zeitungen, die den Amerikanern mangelndes Verständnis für Europa vorwerfen, antwortete in öffentlicher Versammlung der Kubaner Aguerto mit einem Protest im Namen aller amerikanischen Bürger von den Kanadiern bis zu den Chilenen.

